

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/77

Berlin

21. Dezember 1977

44. Jahrgang

Zur Entwicklung des Bauvolumens 1977 und 1978

Die Bauproduktion nahm gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1977 um 3 vH zu. Im Jahresergebnis ist ein Zuwachs von 2 bis 2,5 vH zu erwarten. Bei einem Preisanstieg von reichlich 4 vH dürfte das nominale Bauvolumen einen Wert von 163 Mrd. DM erreichen, 10 Mrd. DM mehr als im Vorjahr.

Für 1978 wird ein realer Zuwachs der Produktion von gut 3,5 vH erwartet. Für das Bauhauptgewerbe wird er jedoch geringer ausfallen (1,5 vH); wachstumshemmend wirkt sich hier die rückläufige Investitionstätigkeit im Mietwohnungsbau und im öffentlichen Hochbau aus.

Diese Bauvolumensrechnung des DIW folgt den bisherigen, vor der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch das Statistische Bundesamt geltenden Abgrenzungen. Eine Abstimmung mit den neuen Zeitreihen für Bauinvestitionen und Produktionswerte des Baugewerbes ist beabsichtigt; sie wird indes dadurch erschwert, daß revidierte Daten zur Struktur der Bauinvestitionen nach Produzentengruppen vom Bundesamt bislang nicht veröffentlicht wurden.

Hervorstechendes Ergebnis der Revision ist, daß die Zeitreihe der gesamten Bauinvestitionen im Niveau stark angehoben und damit der seit langem festgestellten, sachlich nicht zu begründenden Diskrepanz zwischen Bauinvestitionen und übrigen Bauleistungen Rechnung getragen wurde. Diese Korrektur schlug sich zum weitaus überwiegenden Teil in den Wohnungsbauinvestitionen nieder: Für 1975 weichen alter und neuer Wert um 20 vH (12 Mrd. DM) voneinander ab.

Wohnungsbau

Die Bautätigkeit im Wohnungsbau ist stärker noch als im Vorjahr vom Ausbaugewerbe getragen worden, nachdem hier schon 1976 ein erhebliches Auftragsvolumen aus dem Wohnungsmodernisierungsprogramm vom August 1975 zu Buche geschlagen hatte. Die Umsätze der am Ausbau beteiligten Handwerkszweige übertrafen im ersten Halbjahr 1977 ihr Vorjahresniveau um 10 vH. Dies erklärt sich zum Teil aus der hohen Zahl von Wohnungsneubauten, die wegen der Fristen für Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen von Bauspar-Zwischenkrediten schon um die Jahreswende im Rohbau fertiggestellt worden waren. Hinzu kamen offenbar verstärkte Modernisierungsinvestitionen in Altbauten, sowohl bei Eigenheimen — hier fallen die zahlreichen Käufe älterer Häuser ins Gewicht — als auch bei Mietwohnbauten, wo durch Umlage dieser Modernisierungen nachhaltige Mieterhöhungen durchsetzbar sind.

Nach dem — witterungsbegünstigt — außerordentlich hohen Zuwachs im ersten Quartal blieb das

Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen

		Wohnungs- bau	Wirt- schafts- bau	Öffentliche und Verkehrsbauten			Bau- volumen insgesamt	
				insgesamt	Hoch- bau	Straßen- bau		Sonstiger Tiefbau
a) zu jeweiligen Preisen in Mill. DM								
1976	I	13 400	8 800	8 830	4 060	1 990	2 780	31 030
	II	16 850	10 500	12 560	4 920	3 660	3 980	39 910
	III	17 430	10 870	13 060	5 070	3 850	4 140	41 360
	IV	17 280	10 830	12 480	4 940	3 600	3 940	40 590
	JS	64 960	41 000	46 930	18 990	13 100	14 840	152 890
1977	I	15 370	10 340	9 530	4 310	2 250	2 970	35 240
	II	18 110	11 520	12 710	4 900	3 820	3 990	42 340
	III	18 350	11 720	13 280	5 060	4 080	4 140	43 350
b) Preisentwicklung 1970 = 100								
1976	I	142,5	133,5	134,9	141,9	128,7	129,9	137,7
	II	142,5	133,6	134,0	141,7	129,0	130,1	137,4
	III	145,9	136,8	136,9	145,1	130,9	133,3	140,5
	IV	147,3	138,7	138,1	147,0	131,1	134,5	142,1
	JS	144,6	135,7	136,1	144,0	130,1	132,1	139,5
1977	I	148,6	139,6	139,6	148,2	131,0	134,8	143,4
	II	149,4	140,6	138,7	148,9	131,1	134,9	143,6
	III	153,5	144,4	142,0	152,9	133,5	138,8	147,3
c) zu Preisen von 1970 in Mill. DM								
1976	I	9 403	6 593	6 547	2 861	1 547	2 139	22 542
	II	11 824	7 862	9 370	3 472	2 838	3 060	29 056
	III	11 950	7 947	9 541	3 494	2 940	3 106	29 438
	IV	11 733	7 806	9 035	3 360	2 745	2 930	28 574
	JS	44 910	30 207	34 493	13 188	10 071	11 235	109 610
1977	I	10 346	7 406	6 828	2 908	1 717	2 203	24 580
	II	12 124	8 195	9 162	3 290	2 914	2 958	29 481
	III	11 952	8 119	9 350	3 310	3 057	2 983	29 421
d) reale Zuwachsraten (im Vorjahrsvergleich)								
1976	I	0,0	3,7	-10,7	- 6,7	-17,6	-10,3	- 2,4
	II	6,1	9,2	0,3	- 0,2	2,0	- 0,8	4,9
	III	6,1	5,4	- 2,3	- 1,2	- 3,2	- 2,5	3,0
	IV	6,6	7,0	- 1,6	- 2,2	0,0	- 2,5	4,0
	JS	4,9	6,4	- 3,2	- 2,4	- 3,5	- 3,6	2,6
1977	I	10,0	12,3	4,3	1,6	11,0	3,0	9,0
	II	2,5	4,2	- 2,2	- 5,2	2,7	- 3,3	1,5
	III	0,0	2,2	- 2,0	- 5,3	4,0	- 4,0	- 0,1

Entwicklung des Rohbauvolumens nach Baubereichen

Zeiträume	Wohnungs- bau	Wirt- schafts- bau	Öffentliche und Verkehrsbauten				Rohbau- volumen insgesamt	
			insgesamt	Hoch- bau	Straßen- bau	Sonstiger Tiefbau		
a) zu jeweiligen Preisen in Mill. DM								
1976	I	5 160	3 740	6 090	1 680	1 920	2 490	14 990
	II	7 760	4 850	9 430	2 310	3 550	3 570	22 040
	III	7 940	5 010	9 800	2 350	3 730	3 720	22 750
	IV	7 830	5 000	9 200	2 180	3 500	3 520	22 030
	JS	28 690	18 600	34 520	8 520	12 700	13 300	81 810
1977	I	6 310	4 480	6 650	1 830	2 180	2 640	17 440
	II	8 000	5 100	9 430	2 170	3 710	3 550	22 530
	III	7 820	5 210	9 870	2 230	3 950	3 690	22 900
b) Preisentwicklung 1970 = 100								
1976	I	135,3	125,9	129,8	131,2	128,8	129,7	130,6
	II	135,6	126,6	129,9	131,5	129,0	129,9	131,1
	III	139,4	129,4	132,8	135,1	131,0	133,1	134,2
	IV	140,7	131,5	133,5	136,4	131,2	134,2	135,5
	JS	138,0	128,5	131,7	133,7	130,2	131,9	133,0
1977	I	141,3	131,8	134,0	136,8	131,1	134,5	135,9
	II	141,8	132,5	133,7	137,0	131,1	134,6	136,2
	III	146,6	136,7	137,1	141,5	133,5	138,5	140,1
c) zu Preisen von 1970 in Mill. DM								
1976	I	3 814	2 971	4 691	1 280	1 491	1 920	11 475
	II	5 723	3 831	7 257	1 757	2 752	2 748	16 811
	III	5 696	3 872	7 382	1 739	2 847	2 795	16 949
	IV	5 565	3 802	6 889	1 598	2 668	2 623	16 256
	JS	20 797	14 476	26 218	6 375	9 758	10 086	61 491
1977	I	4 466	3 399	4 964	1 338	1 663	1 963	12 829
	II	5 642	3 849	7 051	1 584	2 830	2 637	16 542
	III	5 334	3 811	7 199	1 576	2 959	2 664	16 344
d) reale Zuwachsraten (im Vorjahrsvergleich)								
1976	I	- 6,5	0,0	-13,9	-11,8	-18,1	-11,9	- 8,2
	II	8,2	12,5	1,1	2,8	1,9	- 0,6	5,9
	III	8,1	6,5	- 1,8	0,4	- 3,2	- 1,9	3,2
	IV	9,0	7,1	- 1,6	- 3,7	0,5	- 2,5	3,8
	JS	5,4	6,8	- 3,4	- 2,7	- 3,6	- 3,8	1,7
1977	I	17,1	14,4	5,8	4,5	11,5	2,2	11,8
	II	- 1,4	0,5	- 2,8	- 9,8	2,8	- 4,0	- 1,6
	III	- 6,4	- 1,6	- 2,5	- 9,4	3,9	- 4,7	- 3,6

Die Auftragsreserven im Wohnungsbau¹⁾
in 1000 Wohnungen

	1972	1973	1974	1975	1976	1977 ²⁾
Bauüberhang Anfang des Jahres	959,3	1 047,9	975,3	762,0	657,4	611,6
davon:						
Bestand an im Bau befindlichen Bauvorhaben Anfang des Jahres	734,7	816,1	741,6	539,4	455,9	439,5
Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Anfang des Jahres	224,6	231,8	233,7	223,6	201,5	172,1
+ Genehmigungen	752,5	644,4	407,1	357,4	371,2	340
./. Löschungen ³⁾	16,6	17,5	28,9	36,5	34,5	26
./. Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Ende des Jahres	231,8	233,7	223,6	201,5	172,1	140
= Baubeginne während des Jahres	728,7	625,0	388,3	343,0	366,1	346
./. Fertigstellungen während des Jahres	647,3	699,4	591,5	425,5	382,5	390
= Veränderung der im Bau befindlichen Bauvorhaben während des Jahres	81,4	- 74,4	-203,2	- 82,5	- 16,4	- 44

1) Wohnungen in Wohnbauten

2) Stromgrößen geschätzt.

3) Einschließlich statistische Differenzen.

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Rohbauvolumen im weiteren Jahresverlauf unter dem Vorjahresergebnis, das durch die hohe Zahl der überwiegend in der ersten Jahreshälfte begonnenen Bauten geprägt war. Damals ergab sich bei rückläufigen Fertigstellungsziffern eine kräftige Steigerung der Rohbauleistungen¹. Im laufenden Jahr läßt der Trend der Fertigstellungen ein Jahresergebnis von etwa 400 000 Wohnungen (Vorjahr 390 000) erwarten; das Rohbauvolumen wird jedoch etwas niedriger sein als im Vorjahr.

Da wegen der Zuschüsse Baugenehmigungen teilweise vorgezogen worden waren, wurden 1976 zunächst erheblich weniger Baugenehmigungen erteilt; im weiteren Jahresverlauf stiegen sie nur langsam wieder an, zuletzt ergab sich allerdings eine Beschleunigung. Für 1977 kann mit Genehmigungen für 350 000 Wohnungen gerechnet werden (Vorjahr 380 000). Auf neu zu errichtende Mehrfamiliengebäude entfallen dabei nur 95 000 Wohnungen gegenüber 120 000 Wohnungen im Vorjahr. 1976 stellten die Zuschüsse in Höhe von 7,5 vH der Baukosten, die größtenteils zusätzlich zu den normalen öffentlichen Förderungsmitteln gewährt wurden, einen Anreiz dar, der in diesem Jahr entfällt. Die beabsichtigte zusätzliche Förderung von 30 000 Mietwohnungen im Rahmen des Regionalprogramms schlägt sich vermutlich nicht in höheren Neubauplänen nieder.

Angeht die anhaltenden Baukostenanstiegs ist vorerst kaum zu erwarten, daß die Zurückhaltung gegenüber Neuinvestitionen im Mietwohnungssektor aufgegeben wird: Der niedrige Hypothekenzins und die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für freifinanzierte Gebäude bilden solange kein ausreichendes Stimulans, wie die Marktmieten im Durchschnitt nicht einmal die laufenden Kosten (Kostenmiete nach Abzug der Kapitalkosten) decken.

Derzeit besteht allerdings eine weitverbreitete Unsicherheit darüber, wie die Entwicklung des gesamten Wohnungsbaus im kommenden Jahr einzuschätzen ist. Auftragseingänge sowie Hypothekenauszahlungen und -zusagen deuten seit Jahresbeginn eher auf positive Nachfragetendenzen hin². Für diese Indikatoren ließ sich in zurückliegenden Jahren indes nicht immer ein enger Zusammenhang mit der Bautätigkeit nachweisen. Bei den Hypothekenauszahlungen ist dies in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Fremdfinanzierungsquote mit dem Zinsniveau variiert. Die hohen Auszahlungen in den ersten neun Monaten dieses Jahres

¹ Vgl. Produktionsanstieg im Baugewerbe setzt sich fort. Bearb.: B. Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 40-41/1976.

² Vgl. z. B.: „Verwirrendes Bild vom Bau.“ In: Bundesblatt. November 1977.

Vorausschätzung der Bauproduktion nach Bausparten und Baubereichen

Bauvolumen zu Preisen von 1970	1976	1977		1978	
	Mrd. DM	Mrd. DM	Zuwachs- rate	Mrd. DM	Zuwachs- rate
a) nach Produzenten					
Rohbau	61,49	61,5	0	62,5	1,5
davon:					
Wohnbauten	20,80	20,7	- 0,5	20,4	- 1,5
Wirtschaftsbauten	14,47	14,8	2,3	15,2	2,5
Öff. Hochbau	6,37	5,9	- 7,5	5,5	- 7,0
Straßenbau	9,76	10,3	5,5	10,8	5,0
Sonst. Tiefbau	10,09	9,8	- 2,9	10,6	8,0
Ausbau	30,65	32,2	5,0	34,1	6,0
Montagebau	4,79	} 18,3	5,0	19,4	6,0
Architektenleistungen	4,93				
Sonst. Bauleistungen	7,75				
Insgesamt	109,61	112,0	2,2	116,0	3,5
b) nach Baubereichen					
Wohnungsbau	44,91	46,1	2,6	47,2	2,5
Wirtschaftsbau	30,21	31,7	5,0	33,3	5,0
Öffentl. u. Verkehrsbau	34,49	34,2	- 0,8	35,5	4,0
Öff. Hochbau	13,19	12,6	- 4,5	12,2	- 3,0
Straßenbau	10,07	10,6	5,3	11,3	6,5
Sonst. Tiefbau	11,23	11,0	- 2,0	12,0	9,0

stehen vermutlich auch damit in Zusammenhang, daß in verstärktem Maße Abschlagszahlungen im Zuge des Baufortschritts geleistet wurden. Außerdem fallen gegenwärtig Umschuldungen und Grundstückstransaktionen erheblich ins Gewicht, so daß bei den zuletzt besonders stark gestiegenen Zusagen nicht leicht auszumachen ist, welche Mittel tatsächlich für den Wohnungsneubau bereitgestellt worden sind.

Für die Diskrepanzen in der Entwicklung von Auftragseingängen und Baugenehmigungen lassen sich wenig plausible Gründe finden; naheliegend wäre ein starker Abbau des Bauüberhangs. Dagegen spricht jedoch, daß in den beiden letzten Quartalen bei Zuwachsraten der Auftragseingänge von 23 und 31 vH die Produktion zurückging. Es paßt auch nicht ins Bild, daß der Auftragsbestand von März bis Juni kaum zugenommen hat. Möglicherweise ist der statistisch ausgewiesene Anstieg der Aufträge dadurch zu erklären, daß Umstellungen im Berichtskreis vorgenommen worden sind, die zur Folge hatten, daß

der Anteil der erfaßten Aufträge am gesamten Auftragsvolumen größer ist als in den Vorjahren³.

Im nächsten Jahr dürften 380 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Dabei ist vorausgesetzt, daß sich der Abbau des Überhangs leicht beschleunigt und die Genehmigungen auf dem Niveau von 1977 bleiben. Da auch die Zahl der Baubeginne im kommenden Jahr eher geringer sein wird als 1977, dürfte

³ Die Auftragseingänge werden vom Statistischen Bundesamt nur als Index ausgewiesen, eine Umrechnung auf Wertgrößen ist jedoch möglich (vgl. Baustatistisches Jahrbuch des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Wiesbaden). Über eine längere Periode müssen die Aufträge etwa den Umsätzen entsprechen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Summe der Auftragseingänge für den gesamten Berichtskreis (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) beläuft sich im Zeitraum 1971 bis 1975 auf 230 Mrd. DM. Die als „Jahresbauleistung“ für den gleichen Berichtskreis auf Unternehmensebene ermittelten Umsätze belaufen sich auf 320 Mrd. DM, berücksichtigt man auch die Montagebauleistungen im Hochbau, sogar auf 350 Mrd. DM. Daraus folgt, daß im Durchschnitt weniger als 70 vH der Aufträge erfaßt wurden.

das Rohbauvolumen das Vorjahresniveau kaum erreichen. Dennoch ist auch für 1978 ein Zuwachs des gesamten Bauvolumens zu erwarten, da die Nachfrage nach Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen — gestützt durch das geplante Energiesparprogramm — anhalten wird.

Wirtschaftsbau

Im Wirtschaftsbau hatte das Rohbauvolumen im ersten Quartal noch stark zugenommen, reichte aber auch im Sommerhalbjahr — wenngleich nur knapp — an die im Vorjahr recht hohe Bauleistung heran. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß die Investitionszulage auch für teilweise fertiggestellte Bauten in Anspruch genommen werden konnte, soweit diese zur Jahresmitte nach Baufortschritt abgerechnet waren. So konnte der Auftragsschub aus den Jahren 1975/76 gestreckt werden. Die Ausbauleistungen nahmen in diesem Bereich ebenfalls kräftig zu. Insgesamt ergab sich in den ersten drei Quartalen ein Zuwachs von 6 vH. Für den Jahresdurchschnitt ist mit einer etwas geringeren Rate zu rechnen (5 vH).

Auch im kommenden Jahr wird die Bauproduktion etwa um 5 vH zunehmen. Einen nicht unbedeutenden Beitrag leistet dazu das Programm für Zukunftsinvestitionen, mit dem Projekte zur umweltfreundlichen Energieversorgung und die Verlagerung von Gewerbebetrieben aus Stadtinnenbereichen unterstützt werden.

Öffentlicher und Verkehrsbau

In diesem Bereich ist die Bautätigkeit seit 1974 rückläufig, doch ist für 1977 zu erwarten, daß das Vorjahresergebnis nur noch geringfügig unterschritten wird. Ein Zuwachs ergibt sich allein für den Teilbereich Straßenbau.

Aufgrund der Auftragsvergaben in den letzten Monaten und der hohen Ansätze für Projekte des Straßenbaus und sonstigen Tiefbaus im Programm für Zukunftsinvestitionen ist im kommenden Jahr mit einer kräftigen Ausweitung des Tiefbauvolumens zu rechnen; von den Ansätzen her ergibt sich dabei für den sonstigen Tiefbau eine noch stärkere Zunahme als für den Straßenbau.

Im öffentlichen Hochbau sind die Genehmigungen seit Mitte 1975 rückläufig; im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres waren sie um 24 vH niedriger als 1976. Damit ist für das kommende Jahr ein weiteres Sinken der Neubautätigkeit vorgezeichnet. Das Gesamtbild der Bautätigkeit in diesem Bereich wird allerdings durch Aufwendungen für die

Stadtbildpflege (Teil des Investitionsprogramms) aufge bessert.

Für den gesamten öffentlichen Bau ist ein Zuwachs von etwa 4 vH zu erwarten.

Ausblick

Trotz der breit gefächerten staatlichen Maßnahmen wird die Bauproduktion 1978 wesentlich schwächer zunehmen als vielfach angenommen wird. Die Zuwachsraten werden nur knapp an die durchschnittliche Produktivitätssteigerung heranreichen, so daß allenfalls das Ziel erreicht wird, den bisher anhaltenden Beschäftigtenabbau zu stoppen.

Ein starkes Hemmnis für eine Ausweitung der Bauproduktion ist der scharfe Einbruch bei der Planung von Mietwohnbauten. Nachdem der freifinanzierte Wohnungsbau schon früher zum Erliegen gekommen war, wird jetzt auch der Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus beeinträchtigt. Da hier neue Konzeptionen für staatliche Einflußnahmen erarbeitet werden müssen⁴, wird es nicht zu einer raschen Erholung kommen. Zwar ist denkbar, daß 1978 ein Teil der Nachfrageausfälle durch eine entsprechende Ausweitung der Eigenheimnachfrage kompensiert wird. Die derzeitigen Nachfrageindikatoren liefern dafür aber noch keine ausreichenden Anhaltspunkte. Unter diesem Aspekt kommt dem geplanten mehrjährigen Programm zur Förderung energiesparender Investitionen besondere Bedeutung zu. Dieses Programm sieht im bisherigen Entwurf vor, daß Bund und Länder in den nächsten vier Jahren 4,4 Mrd. DM in Form 20%iger Zuschüsse für Heizenergie sparende Investitionen zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr sollen 750 Mill. DM ausgegeben werden. Dies entspricht einem potentiellen Auftragsvolumen von 3,5 Mrd. DM, 5 vH des Wohnungsbauvolumens im letzten Jahr. Derzeit ist eine rasche Verabschiedung des Programms jedoch wieder in Frage gestellt⁵.

Selbst wenn die Länder bald zu einer Vereinbarung über die vom Bund vorgeschlagenen Regelungen gelangen, sind zusätzliche Nachfrageimpulse nur zu erwarten, wenn ein möglichst breiter Kreis von Interessenten angesprochen wird und Mitnahmeeffekte vermieden werden.

⁴ Das DIW hat erst kürzlich zu den Perspektiven des Wohnungsmarktes Stellung genommen. Vgl.: Zur längerfristigen Entwicklung der Wohnungsnachfrage. Bearb.: B. Bartholmai, R. Ulbrich. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 26/1977.

⁵ Vgl. hierzu: „Hindernisrennen für Windhunde — Hauseigentümer richten sich aufs Chaos ein.“ In: Handelsblatt. 30. 11. 1977.

Krisenmanagement in der Europäischen Gemeinschaft durch Arbeitsmarktpolitik?

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft war im Oktober 1977 mit 5,9 Millionen bzw. 5,6 vH der zivilen Erwerbspersonen wiederum außerordentlich hoch. Die Hoffnungen auf eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung, die auch die Arbeitsmarktprobleme geringer werden läßt, haben sich vorerst zerschlagen. Vielmehr hat in den meisten Ländern der Gemeinschaft die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in den ersten zehn Monaten des Jahres mit Raten zwischen 9 vH (Großbritan-

nien) und mehr als 25 vH (Dänemark) gegenüber dem Vorjahr noch einmal kräftig zugenommen. Nur in Irland, wo ein vergleichsweise kräftiger Anstieg des Sozialprodukts verzeichnet werden konnte, in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland ist sie vorübergehend – z. T. geringfügig – zurückgegangen.

Zugleich sind die Erwartungen, mittelfristig durch verstärktes Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit

Daten zur Arbeitsmarktsituation in der Europäischen Gemeinschaft 1972 bis 1976
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1972	1973	1974	1975	1976
Bundesrep. Deutschland					
Zivile Erwerbspersonen	-0,1	0,4	-0,8	-1,5	-1,0
Zivile Erwerbstätige	-0,4	0,3	-2,0	-3,5	-1,0
Arbeitslose 1)	33,0	11,0	113,2	84,5	-1,3
Frankreich					
Zivile Erwerbspersonen	0,9	1,7	0,9	-0,2	0,7
Zivile Erwerbstätige	0,7	1,3	0,8	-1,6	0,3
Arbeitslose 1)	10,3	17,1	6,8	48,6	8,6
Italien					
Zivile Erwerbspersonen	-1,2	0,7	1,6	1,0	1,0
Zivile Erwerbstätige	-1,7	0,9	2,2	0,6	-0,6
Arbeitslose 1)	14,4	-4,2	-16,2	16,8	11,9
Niederlande					
Zivile Erwerbspersonen	0,1	0,2	0,5	0,6	0,5
Zivile Erwerbstätige	-0,9	0,2	-0,1	-0,8	7,5
Arbeitslose 1)	66,7	1,7	22,2	44,1	0,2
Belgien/Luxemburg					
Zivile Erwerbspersonen	0,3	1,4	1,6	0,5	0,6
Zivile Erwerbstätige	-0,2	1,3	1,5	-1,4	27,5
Arbeitslose 1)	25,4	3,6	8,0	78,7	-0,6
Vereinigtes Königreich					
Zivile Erwerbspersonen	0,3	1,5	0,3	0,8	1,0
Zivile Erwerbstätige	-0,0	2,5	0,4	-0,5	-0,9
Arbeitslose 1)	11,0	-28,5	-5,7	59,8	53,0
Irland					
Zivile Erwerbspersonen	-0,1	0,2	0,5	0,8	0,0
Zivile Erwerbstätige	-0,7	0,7	0,8	-1,6	-1,7
Arbeitslose 1)	9,2	-7,0	-3,0	40,6	20,0
Dänemark					
Zivile Erwerbspersonen	0,5	1,2	1,6	0,4	1,9
Zivile Erwerbstätige	0,7	1,3	-1,3	-1,0	2,6
Arbeitslose 1)	-14,8	-8,7	323,8	34,8	-11,6

1) Als Differenz zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen ermittelt; mit den registrierten Arbeitslosen definitiv nicht vergleichbar.

Quellen: SAEG, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1950-1976, Luxemburg 1977; Schätzungen des DIW.

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft

	BRD	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien/Luxemburg	Verein. Königr.	Irland	Dänemark	EG insgesamt
Registrierte Arbeitslose 1977 ¹⁾ in 1 000	1 027	1 054	1 357	202	303	1 482	109	144	5 678
in vH der zivil. Erwerbspersonen	4,0	4,9	7,0	4,3	7,5	5,8	9,7	5,9	5,4
Veränderung geg. d. Vorjahr in vH	-3,0	15,5	15,3	-4,1	15,3	9,2	-0,8	25,7	9,1
Anteil d. Frauen an d. registrierten Arbeitslosen in vH									
1971 ²⁾	45,5	44,4	32,0	18,5	41,5	15,9	19,4	19,5	29,2
1977 ¹⁾	49,7	53,3	38,8	28,3	59,6	27,8	19,9	41,8	41,0
Anteil d. Jugendlichen an d. registrierten Arbeitslosen in vH									
1971 ³⁾	19,8	25,0	26,4	26,8	14,0	31,1	·	21,5	27,0
1977 ⁴⁾	26,6	40,3	34,7	46,3	32,5	45,6	43,9	24,4	37,4

1) Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober. -2) Jahresdurchschnitt. -3) Registrierte Arbeitslose unter 25 Jahren, in Italien unter 21 Jahren sowie alle Personen, die das erste Mal Arbeit suchen. - 3) Niederlande: Mai; Frankreich, Italien, Belgien/Luxemburg, Vereinigtes Königreich: Juni; Dänemark: Juli; Bundesrepublik Deutschland: September. - 4) Italien, Dänemark: Januar; Bundesrepublik Deutschland: Mai; Irland: Juni; Frankreich, Vereinigtes Königreich: Juli; Niederlande, Belgien/Luxemburg: August.

Quellen: SAEG, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1950-1976, Luxemburg 1977; SAEG, Statistisches Telegramm; EG-Kommission, Beschäftigung der Jugendlichen, SEK (76) 4184, Brüssel 1976.

sukzessive abbauen zu können, merklich nach unten revidiert worden¹, zumal bis Mitte der achtziger Jahre aufgrund der demographischen Entwicklung mit einer überdurchschnittlichen Zunahme der Erwerbspersonenzahl zu rechnen ist².

Frauen und Jugendliche von Arbeitslosigkeit besonders betroffen

In einigen Ländern hat schon in den letzten Jahren eine kräftigere Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen dazu beigetragen, daß sich die Arbeitsmarktprobleme verschärften. In vielen Ländern ist jedoch insbesondere seit 1975 das Angebot an Arbeitsplätzen rückläufig.

Die demographische Entwicklung und die kontraktiven Tendenzen im Angebot an Arbeitsplätzen spiegeln sich in der Struktur der registrierten Arbeitslosen wider:

– Die Jugendarbeitslosigkeit ist stark gestiegen; die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren in den EG-Mitgliedsländern wird von der EG-Kommission für 1977 auf rund 2 Millionen oder mehr als 37 vH der Gesamtzahl der Arbeitslosen veranschlagt, während im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1973 der Anteil nur knapp 27 vH (561 000 Jugendliche) betrug³. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die Unternehmen in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche zum einen dazu neigen, ihre Ausbildungsfunktionen einzuschränken und bei Einstellungen aus Gründen kurzfristiger Kostenersparnis auf berufserfahrene Kräfte zurückzugreifen, zum anderen durch Kündigungsschutzvereinbarungen

daran gehindert werden, ältere und weniger leistungsfähige Arbeitnehmer durch jüngere, produktivere Arbeitskräfte zu ersetzen.

- Auch die Arbeitslosigkeit von Frauen hat kräftig zugenommen; ihr Anteil an der Zahl der insgesamt registrierten Arbeitslosen stieg im Durchschnitt der EG-Länder von knapp 30 vH im Jahre 1971 auf mehr als 40 vH in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres. Damit dürfte indessen erst eine untere Grenze markiert sein, da ein Teil der arbeitslos gewordenen Frauen angesichts geringer Beschäftigungsaussichten vermutlich nur solange registriert bleibt, wie ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht. Danach rechnen sie zur stillen Arbeitsmarktreserve⁴, die in der Europäischen Gemeinschaft nach der Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte 1975 zu fast zwei Dritteln aus Frauen besteht.
- Einige Berufsgruppen sind in den letzten Jahren besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

¹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, KOM (77) 494 endg., Brüssel, Oktober 1977.

² Während die Zahl der Erwerbspersonen in der Europäischen Gemeinschaft im Zeitraum 1965 bis 1970 jährlich um rund 0,15 vH abnahm und 1970 bis 1975 nur um knapp 0,3 vH jährlich anstieg, ist bis 1985 mit einer Zunahme von rund 0,7 vH jährlich zu rechnen. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Beschäftigungsperspektiven in der Gemeinschaft bis 1980, Brüssel, Juli 1976.

³ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat über die Beschäftigung Jugendlicher, KOM (77) 476 endg., Brüssel, Oktober 1977.

⁴ Nach der Definition des Statistischen Amtes alle nicht-aktiven Personen, die Arbeit suchen.

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen ausgewählter Berufsgruppen¹⁾

Landesdurchschnitt — 100

Land Berufsgruppe	1972	1973	1974	1975	1976
Bundesrepublik Deutschland					
Groß-u. Einzelhandelsberufe	104,8	131,4	136,2	132,4	155,5
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	110,3	129,3	115,7	122,2	154,5
Berufe d. Metallherzeugung u. -verarbeitung	106,2	82,8	103,3	138,5	115,7
Bauberufe	92,5	89,1	122,4	116,5	78,5
Frankreich					
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	110,7	121,6	125,5	119,9	128,1
Berufe d. Metallverarbeitung	103,0	90,8	96,7	134,8	138,7
Italien					
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	110,9	123,2	131,2	140,7	-
Hilfsarbeiter	104,8	112,3	120,3	124,5	-
Niederlande					
Bauberufe	155,4	128,9	184,1	171,5	105,3
Berufe d. Metallherzeugung u. -verarbeitung	143,7	123,8	107,9	127,9	132,2
Belgien					
Bekleidungsberufe	97,8	119,3	136,3	163,6	181,4
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	109,1	132,5	158,3	155,0	171,0
Mechaniker, Werkzeugschlosser, Elektriker	114,9	98,5	88,4	120,2	123,7
Vereinigtes Königreich					
Herstellungs- u. Wiederherstel- lungsberufe 2)	.	.	113,8	165,4	174,4
Groß-u. Einzelhandelsberufe	.	.	103,2	116,9	149,5
Transportberufe	.	.	106,5	127,9	131,2
Irland					
Bauhilfsarbeiter	109,4	113,6	115,0	141,0	153,7
Baufacharbeiter	106,5	93,5	100,7	132,3	156,7
Dänemark					
Weibliche Hilfsarbeiter	92,6	103,3	155,6	185,4	202,5
Berufe d. Metallherzeugung u. -verarbeitung	131,2	103,3	108,9	176,5	187,5
Handels- u. Büroberufe	122,1	142,8	102,6	114,9	147,4

1) Basisjahr: 1971, für Vereinigtes Königreich 1973.-

2) Ohne Metall- und elektrotechnische Industrie.

Quelle: SAEG, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1950-1976,
Luxemburg 1977.

Dazu zählen im industriellen Bereich in vielen Ländern vor allem Berufe der Metallherzeugung und -bearbeitung, darüber hinaus Groß- und Einzelhandelsberufe, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe sowie Berufe des Baugewerbes.

Arbeitsmarktpolitik durch Arbeitsplatzförderung . . .

In dem Bemühen, die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern und dabei die strukturell besonders betroffenen Gruppen zu berücksichtigen, haben die wirtschaftspolitischen Instanzen in allen EG-Ländern

spätestens seit 1976 eine Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente eingesetzt. Drei Zielrichtungen lassen sich unterscheiden:

- Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen,
- Einengung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen,
- qualitative Anpassung von Angebot und Nachfrage, Erhöhung der Mobilität.

In allen EG-Ländern hat die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze Priorität. Mit Ausnahme Italiens und Großbritanniens wird insbesondere die Investitionstätigkeit gefördert. Dies birgt freilich die Gefahr, daß durch Rationalisierungseffekte zusätzlich Arbeitskräfte freigesetzt werden, wenn die Gewährung von Vorteilen nicht von der Erweiterung des Personalbestandes abhängig gemacht wird. Eine solche Koppelung ist nur in Belgien und in Irland explizit vorgesehen. In Großbritannien und Italien überwiegen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Unternehmen von Produktions- und insbesondere von Lohnkosten zu entlasten. Beispiele hierfür gibt es aber auch in Irland, Belgien und in den Niederlanden. In Großbritannien nimmt die Beschäftigungsprämie — ursprünglich als regionales Förderungsinstrument konzipiert — mehr und mehr den Charakter einer allgemeinen arbeitsplatzerhaltenden und -fördernden Maßnahme an; die Konditionen für ihre Gewährung wurden im Jahr 1976 mehrfach erleichtert. In Irland werden Beschäftigungsprämien gewährt, wenn Unternehmen Arbeitslose einstellen. In Italien und auch in den Niederlanden wurde im Februar dieses Jahres die „Fiskalisierung“ eines Teils der Soziallasten eingeführt. Soziallasten übernimmt der Staat vorübergehend und zu einem Teil auch in Belgien⁵. In den Niederlanden werden daneben an Unternehmen Lohnzuschüsse für die Beschäftigung von Beziehern gesetzlicher Mindestlöhne gezahlt.

Kostenentlastenden Maßnahmen wird in einigen Ländern deshalb ein hoher Stellenwert eingeräumt, weil einerseits in dem Anstieg der Lohnkosten der vergangenen Jahre eine der wesentlichen Ursachen für die Arbeitslosigkeit gesehen wird und weil andererseits befürchtet wird, daß nachfrageanregende Maßnahmen die Bemühungen um mehr Preisstabilität zunichte machen könnten. Aus diesem Grunde sind bisher in den meisten Ländern die öffentlichen Investitionen nur sehr zurückhaltend ausgeweitet worden. Öffentliche Investitionsprogramme wurden nur in der Bundesrepublik Deutschland (Zukunftsinvestitionsprogramm) und mit verhältnismäßig bescheidenem Volumen in Irland und in Großbritannien aufgelegt. In anderen Ländern wurden zum Teil die bestehenden Programme der regionalen Entwicklung forciert (Belgien, Dänemark, Niederlande), oder es wurde das von der Rezession besonders betroffene Baugewerbe direkt oder indirekt gefördert (Dänemark, Italien, Niederlande, Großbritannien, auch Irland und Bundesrepublik Deutschland). Darüber hinaus werden in vielen Ländern Arbeitslose

vorübergehend im öffentlichen Dienst beschäftigt, um öffentliche Anlagen zu pflegen und regionale Infrastrukturausstattungen (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande) oder die Leistungen der sozialen Einrichtungen (Frankreich, Dänemark) zu verbessern. Zum Teil genießen hier jugendliche Arbeitnehmer Vorrang.

. . . und gezielte Programme für arbeitslose Jugendliche

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nimmt allgemein einen breiten Raum in der Arbeitsplatzförderung ein. Mit Ausnahme von Dänemark und Luxemburg wurden in allen EG-Ländern spezielle Programme eingeführt. In Belgien ist beispielsweise 1976 ein Gesetz erlassen worden, das Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten verpflichtet, in Höhe von zunächst 1 vH des Beschäftigtenstandes arbeitslose Jugendliche als Praktikanten einzustellen. Dieses Gesetz wurde inzwischen bis Ende 1977 verlängert und auf öffentliche Einrichtungen und Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten ausgedehnt. In der Bundesrepublik Deutschland führt die Bundesanstalt für Arbeit spezielle Programme (in der Regel Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen) durch, um die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, Frauen, längerfristig Arbeitslosen und älteren Büroangestellten zu bekämpfen. In Frankreich übernimmt der Staat bei Jugendlichen und Lehrlingen, die im Jahre 1977 zusätzlich eingestellt werden, den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung, fördert Beschäftigungs- und Ausbildungsverträge für bestimmte benachteiligte Gruppen⁶ und unterstützt die Beschäftigung von Haushaltshilfen und Kindergärtner(inne)n. In Irland wiederum werden bei Einstellung von arbeitslosen Jugendlichen Prämien gezahlt. In Italien sieht ein Gesetz vom Juni 1977 vor, daß mit Hilfe öffentlicher Mittel in den Jahren 1977 bis 1980 600 000 Jugendliche in Unternehmen oder für gemeinnützige Arbeiten in öffentlichen Einrichtungen vorübergehend beschäftigt werden sollen. Diese Maßnahmen kommen jährlich ungefähr einem Drittel der heute arbeitslosen italienischen Jugendlichen zugute. Ein vergleichbar ehrgeiziges Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wurde nur noch in Großbritannien entwickelt, das mehr als ein Drittel der in der Gemeinschaft arbeitslosen Jugendlichen aufweist. Dieses Programm (Einstellungszuschüsse, Ausbildungsprämien, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) sah bis Ende 1977 die Schaffung von 41 500 Arbeitsplätzen vor. Vom Herbst 1978 an sollen für jährlich 23 000 Jugendliche Praktika und Schulungskurse durchgeführt werden.

⁵ 1976 wurden hier speziell die kleinen und mittleren Unternehmen entlastet, 1977 können die Arbeitgeberbeiträge für neueingestellte, zusätzliche Arbeitskräfte ein halbes Jahr lang ausgesetzt werden.

⁶ Witwen und alleinstehende Frauen mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind.

Gegenüber dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik spielen Maßnahmen zur Einengung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen in allen Ländern die geringere Rolle. In Belgien, Frankreich und im Vereinigten Königreich wurden Möglichkeiten geschaffen, die ein frühzeitiges Ausscheiden von Arbeitnehmern aus dem Erwerbsleben erlauben. In Großbritannien werden allerdings die hiermit verbundenen finanziellen Vorteile für die Unternehmen an die Bedingung geknüpft, daß anstelle des Ausscheidenden ein registrierter Arbeitsloser eingestellt wird. In Frankreich wird außerdem arbeitslosen ausländischen Arbeitskräften eine Rückwanderungsprämie in Höhe von 10 000 FF gezahlt. In der Bundesrepublik Deutschland hat der Gesetzgeber 1976 das Mindestalter für die Arbeitsaufnahme von 14 Jahren auf 15 Jahre heraufgesetzt. Die niederländischen Behörden fördern seit Anfang dieses Jahres die Teilzeitbeschäftigung mit Zuschüssen zu den Lohnkosten. Darüber hinaus gibt es in Dänemark, Frankreich und Luxemburg einzelne gruppenspezifische Maßnahmen wie die Befreiung von Soziallasten, Erhöhung der Familienzulagen, vorübergehende Arbeitsbefreiung, Einschränkung der zulässigen Überstunden und Gewährung von Sonderurlaub bei vermindertem Einkommen.

Die Maßnahmen zur Ausweitung des Arbeitsplatzangebots sowie zur Einengung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen haben neben dem im Vordergrund stehenden quantitativen Effekt auch eine qualitative Komponente. Dies gilt in besonderem Maße bei Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche, die oft mit Ausbildungs- und Weiterbildungsgängen gekoppelt sind.

Ergänzend zu den bestehenden Maßnahmen wurden im März 1977 in Frankreich Lehrgänge für eine zusätzliche Berufsausbildung von Jugendlichen eingeführt und in Großbritannien ein Sonderprogramm zur Ausbildung von Lehrern für Mathematik und Naturwissenschaften eingerichtet. In Dänemark wurde die Berufsausbildung und -weiterbildung forciert, in der Bundesrepublik Deutschland sind 1976 die Mittel zur Mobilitätsförderung erhöht worden.

Auch die Europäische Gemeinschaft versucht, zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme beizutragen. Mit Hilfe des Regionalfonds, der sich bisher lediglich an einzelstaatlichen Maßnahmen finanziell beteiligte, soll künftig nach den Vorstellungen der Kommission zu einem Teil eine eigenständige gemeinschaftliche Regionalpolitik mit Schwerpunkt auf beschäftigungsfördernden Maßnahmen betrieben werden. Im Rahmen des Sozialfonds können seit einem Beschluß des Ministerrats vom 22. Juli 1975 neben der traditionellen, im EWG-Vertrag verankerten Förderung von Erwerbstätigen, die aus der Landwirtschaft ausscheiden, von Arbeitnehmern der Textilindustrie, von Behinderten und von Wanderarbeitnehmern auch Jugendliche – in der Regel durch Berufsbildungs-

maßnahmen – gefördert werden. Im Laufe dieses Jahres hat die EG-Kommission neue Programme u. a. für Jugendliche, Behinderte und Wanderarbeitnehmer ausgearbeitet.

Erfolg einer isolierten Arbeitsmarktpolitik zweifelhaft

Inwieweit sind die einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Maßnahmen geeignet, zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme beizutragen? Hierbei muß zwischen dem quantitativen Effekt und den Strukturwirkungen unterschieden werden. Eine Quantifizierung ist zwar kaum möglich, weil die Steuerungsinstrumente nach Charakter und Wirkung zu komplex, die haushaltsmäßigen Implikationen vielfach nicht bekannt und die Reaktionen der Unternehmer auf die eingeräumten Vorteile nicht abzuschätzen sind. Zu bezweifeln ist aber, daß die Zahl der Arbeitslosen damit deutlich und nachhaltig gesenkt werden kann. Einmal dient eine Reihe von Maßnahmen der Erhaltung von Arbeitsplätzen; verhindert wird also lediglich ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit. Zum anderen werden zwar die Unternehmen von Produktionskosten (Beschäftigungs- oder Investitionsprämien, Steuer- und Abschreibungserleichterungen) entlastet. Damit ist aber noch nicht gewährleistet, daß die Unternehmen auch ihre Absatz- und Ertragserwartungen positiver einschätzen, wieder mehr investieren und Neueinstellungen vornehmen. Insgesamt erscheinen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der EG-Länder nach Art und Umfang eher schmerzlindernd als geeignet, die Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang zu senken. Dazu bedarf es neben den zweifellos notwendigen strukturwirksamen Anpassungshilfen einer Belebung der wirtschaftlichen Kräfte.

Für eine deutlich antizyklische Politik war freilich bislang in den meisten Ländern der Gemeinschaft wegen des hohen Inflationssockels und beträchtlicher Haushaltsdefizite wenig Spielraum. Zahlungsbilanzprobleme oder Auflagen internationaler Kreditgeber haben Italien und Großbritannien, aber auch Dänemark und Frankreich gezwungen, eine eher prozyklische Einnahmen- und Ausgabenpolitik zu betreiben. In Großbritannien haben Sozialkontrakte, die Lohnsteigerungen unterhalb der erwarteten Inflationsrate vorsahen, die reale Gesamtnachfrage von seiten des privaten Verbrauchs zusätzlich eingeeengt. In dieser Situation besteht die Gefahr, daß ein großer Teil der für arbeitsmarktpolitische Zwecke bereitgestellten Finanzmasse nur Mitnahmeeffekte auslöst. Dies kann selbst dann noch der Fall sein, wenn die staatliche Leistung davon abhängig gemacht wird, daß das begünstigte Unternehmen seinen Beschäftigungsstand erhöht.

Die Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsmaßnahmen ermöglichen den Arbeitslosen nur vorübergehend Beschäftigung oder Berufsaus- und -weiter-

bildung. Solange sich die gesamtwirtschaftlichen Determinanten der Arbeitslosigkeit nicht ändern, dürfte der Beschäftigungseffekt auf die — kurze — Dauer der Maßnahmen beschränkt sein. Unter diesen Umständen könnte die Förderung bestimmter Gruppen von Arbeitslosen letztlich eine Umverteilung der Arbeitslosigkeit zwischen den Erwerbspersonen nach sich ziehen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Entwicklung des Bauvolumens 1977 und 1978 bearbeitet von Bernd Bartholmai. —

Krisenmanagement in der Europäischen Gemeinschaft durch Arbeitsmarktpolitik? bearbeitet von Bernhard Seidel.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.